

Gauleische Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen

1911. Nr. 298.

für Anhalt und Thüringen.

Jahrgang 204.

Wingepreis für Halle und Magdeburg 2.50 M., durch die Post bezogen 3 M., für den Westteil. Die Gauleische Zeitung erscheint wöchentlich fünfmal. — **Verlags- und Druckerei:** Gauleischer Couriers (Hsg. Heintze/Helmke), 38. Unterwallstraße (Sonntagsblatt), Landw. Mittelungen.

Zweite Ausgabe

Wingepreis für die sechsgrößten Poststellen oder deren Raum für Halle und den Gauleis 30 Pf., auswärts 30 Pf., Resten am Ende des reaktionellen Zeitraums die Stelle 100 Pf., Kueingennahme bei der Abgabe in Halle a. S. und bei allen bekannten Annoncen-Expeditionen.

Geschäftsstelle in Halle a. S.: Reiziger Straße 87, hinterhaus. Eingang Nr. Brauhausstr. Telefon 188; Redaktions-Telephon 1272. **Geschäftsführer:** Dr. Walter Gebelstein in Halle a. S.

Mittwoch, 28. Juni 1911.

Geschäftsstelle in Berlin: Deuburger Straße 30. **Telephon** Amt VI Nr. 16290. **Druck und Verlag** von Otto Zietze in Halle a. S.

Neuer Aufstieg.

In hellen Scharen auf nach Dresden, um dort den deutschen Mittelstande einen Ehrentag zu bereiten, wie es in der Geschichte der Mittelstandsbewegung ohne Beispiel dasteht. — So wendet sich jetzt der vorbereitende Ausschuss zur Gründung eines Reichsdeutschen Mittelstandsbundes, der vom 20. bis 25. September einen ersten Reichsdeutschen Mittelstandstag abhalten will, an die breiten Mittelständlichen unseres Volkes. Die städtische Weidenstadt, die in diesem Jahre mit so nachdrücklichen Werberufen Kongress auf Kongress an sich zieht, will auch die Tagung dieses neu gegründeten Verbandes in seinen Mauern begrüßen, und wenn nicht alle Zeichen trügen, wird der große Ruf der neuen Verbandsbildung gelingen. Es war vorauszu sehen, daß die unermüdete Schwengung der vordem starren und zu den besten Hoffnungen berechtigenden Deutschen Mittelstandsbewegung nicht das Ende der deutschen Mittelstandsbewegung bedeuten werde. Viele mögen wünschen, das wäre so, und das beharrliche Schweigen, mit dem die liberale Presse die wiederbrechenden Anfänge der beschäftigten Sammelarbeit beobachtet, redet gewiß eine deutsche Sprache. Aber dieses Verhalten ist eben vorläufig nicht viel. Mit der Reichsdeutschen Mittelstandsbewegung im kommenden Winter nicht an der Arbeit, dann wird sich der Jüngling nicht bloß den Mund zu spitzen, sondern auch zu pfeifen, von selbst einstellen. Nach den Wünschen und Erwartungen des vorbereitenden Ausschusses sollen die reichsdeutschen Mittelstandstage nach und nach die Bedeutung eines „freimüthigen deutschen Mittelstandsbundes“ erlangen, ein Ziel, dessen Erreichung sicher hohe Opfer lohnt. Nicht als ob es an Parteien fehle, die alle Mittelstandsklagen mit christlichem Fleiß verstanden. Aber gleichwohl ist eine große Mittelstandsorganisation, die die Forderungen der zu ihr gehörenden Kreise immer aus neue in Erwägung bringt, erwünscht und notwendig, sollen nicht schließlich Großkapital und Proletariat unverbunden und unversöhnbar aufeinander prallen. Es war hing und geschick, daß der Ausschuss auch diese berrühmte und verheißungsvolle Tendenz des Mittelstandes in klaren Worten zum Ausdruck brachte.

Was der Ausschuss zur Gründung des Mittelstandsbundes bisher veröffentlicht, sind vor der Hand die Meinungen von Privatpersonen. Mit Parteipolitik und konfessionellen Dingen will sich der Reichsdeutsche Mittelstandsbund unter keinen Umständen befassen. Er will auch gegenüber allen politischen Parteien Neutralität beobachten und hofft dabei auf den guten Willen aller bürgerlichen Parteien, dem Mittelstande zu helfen. Dabei denkt man sich die Neutralität wohl ähnlich wie das Vorgehen des Bundes der Landwirte, der sich von Anfang an nicht für bestimmte Parteien festlegt, sondern seinen wirtschaftlichen Forderungen möglichst bei allen bürgerlichen Parteien ein Gehör zu verschaffen möchte, sich schließlich aber auf die Unterstützung derjenigen Parteien beschränkt, die diese Forderungen sich zu eigen machen. Hier hat das gleiche Verhalten geplant, so wird der Mittelstand dabei am besten fahren. Bedenklich stimmt die Ankündigung, der neue Verband wolle keine mittelständische Organisation in ihren jeglichen Gefässen stören. Öffentlich plant man damit nicht, jedweden Verein oder Verband, der sich zum Beitritt meldet, unbenommen als Mitglied anzunehmen. Das Streben junger Organisationen, möglichst bald mit großen Zahlen aufzutreten und so Fragen des Sinnes: „Was kannst du armer Teufel bieten?“ von vornherein abzutun, ist ja menschlich begreiflich. Aber wichtiger als die große Zahl ist die innere Geschlossenheit und die Geschicklichkeit der Grundorganisationen. Als merkwürdiges Beispiel stellt sich ja in diesen Tagen der Sanftmut vor, bei dem die Bundesfähigkeit der Interessen sich immer deutlicher als Keim des Zerfalls erweist. Das Neufürstentum gebiet eines wahrhaften Mittelstandsbundes umschließt so breite Schichten der Bevölkerung, daß hier übertriebene Weitergierigkeit in der Aufnahme der sich zum Beitritt Meldenden sich bald als verhängnisvoller Fehler rächen würde.

Der Wunsch, dem man viele berechtigte Gedanken nicht abtrotzen kann, wendet sich gegen die Auswüchse der großkapitalistischen Entwicklung, in deren Zeichen die Arbeit des gemeinlichen und kaufmännischen Mittelstandes keine angemessene Vergütung gefunden haben, bebauert, daß Reich, Staat und Gemeinde diese Entwicklung vielfach noch begünstigen und die von ihnen auszuführenden Arbeiten immer mehr in eigene Hände nehmen, bekämpft als einen Keim aus der unheilvollen Lehre des Freihandels die Weibehaltung des Mindestpreiserfahrens, nach dem nicht die aufwendende Arbeit und die Güte des Materials den Wert des gefertigten Gegenstands bestimmen, sondern allein das billigste Angebot den Ausschlag gibt, zeigt weiter, wie der Markt für festgesetzter Arbeiterorganisationen Räume und Arbeitsbedingungen ergötzen hat, durch die das Gedeihen vieler Erwerbszweige in Frage gestellt wird und wie die Lasten der sozialen Gesetzgebung nur zu oft einen Ausgleich in erhöhten Wartezeiten nicht gefunden haben, erinnert an die Schädigung des Detailhandels durch Warenhäuser und Konsumvereine und gedenkt schließlich der Steuerpolitik, bei der er namentlich der Doppelbesteuerung des Gains- und Grundbesitzes Erwähnung tut. Wie gesagt, gute Gedanken, wohl-

begründete Beschwerden und berechtigte Forderungen. Würden sie sich bei allen bürgerlichen Parteien durchsetzen und Beachtung erlangen, so wäre das in der Tat ein imposanter Erfolg. Freilich ist nicht zu verkennen, daß verschiedene der angeführten Punkte selber bei der Vorkauf auf bestimmte Ablehnung gestoßen sind und ein Nachsehen hier nicht zu erhoffen steht. Gegen die Berechtigung der einzelnen Forderungen behagt das allerdings nichts und man kann nur wünschen, daß diesen Ansprüchen bald eine festgesetzte Organisation den nötigen Nachdruck verschafft. Möge denn der jetzt einsetzende neue Aufstieg der Mittelstandsbewegung anhalten und zum Segen der Gesamtheit reiche Früchte tragen.

Deutsches Reich.

* **Von Sr. Majestät dem Kaiser.** Man meldet uns aus Göttingen: Bei günstigen Wetter lief gestern als erste die Post „Kaiser“ um 11 Uhr 30 Minuten hier ein. Unmittelbar darauf folgten in kurzen Abständen die Posten „Germania“, „Meteor“ mit dem Kaiser an Bord, „Baterwisch“ und „Samburg“, die „Hohenzollern“ war bereits vorher eingetroffen, ebenso die Segeljacht der Kaiserin, „Yvonne“, und der Dampfer „Kronprinzessin Cecilie“. Mit den Posten kamen zahlreiche Begleitdampfer an. — Seine Majestät der Kaiser verweilte nach dem Einlauf des „Meteor“ noch längere Zeit an Bord. Sodann begab sich der Kaiser auf die Jacht „Hohenzollern“. Vorher hatte sich der Reichskanzler von Seiner Majestät verabschiedet. Der Reichskanzler geht heute wieder in Berlin einzu treffen.

* **Ihre Majestät die Kaiserin** hat sich in Begleitung der Prinzessin Viktoria Luise am Dienstagabend im Automobil nach Nauen begaben, um von dort die Fahrt nach Göttingen fortzusetzen.

* **Eine Rede Delbrücks** auf den Vorkauf der Hill. Bei dem gefrigen Abschiedskontak der amerikanischen Vereinigung für Handel und Verkehr in Berlin zu Ehren des scheidenden Vorkaufers Hill hielt der Staatssekretär des Reichsamt des Innern, Delbrück, folgende Rede:

Meine Herren! Der amerikanischen Vereinigung für Handel und Verkehr bitte ich zunächst im Namen ihrer zahlreichen Mitglieder herzlich danken zu dürfen für die Einladung zu dem heutigen Feste und für die freundlichen Worte der Begrüßung, die mir soeben aus dem Munde Ihres Herrn Präsidenten gehört haben. Wir wissen den Wert der Gastfreundschaft, die uns heute geboten wird, wohl zu schätzen. Es ist uns eine besondere Ehre, an dem Abschiedsfeste teilnehmen zu dürfen, das Sie Ihrem scheidenden Vorkaufers bereiten, und es freut uns sehr, bei dieser Gelegenheit noch einmal dem Herrn Vorkaufers die Hand drücken und ihm noch einmal Lebewohl sagen können im Namen aller derer, die ihm während seines Aufenthalts in Berlin nachgesehen sind. Und das sind ihrer ebenso viele, wie die Kreise mannigfaltig sind, denen sie angehört haben, und denen er als Vertreter des Reichs und der Bundesstaaten, die mit Herrn Hill vermag ihres Amtes in Beziehungen treten dürfen, es sind nicht nur die Vertreter von Handel und Industrie, die in erster Linie an den guten Beziehungen zwischen den großen Kulturvölkern ein Interesse haben. Der Herr Vorkaufers ist nicht nur Diplomat, sondern auch Gelehrter und ein tüchtiger Vertreter des Reichs und des Bundes. In der deutschen Hauptstadt, deren Universität in erster Linie an dem Ausbau intimer Beziehungen zwischen den Vertretern der wissenschaftlichen Welt Deutschlands und Amerikas beteiligt ist. Und der Herr Vorkaufers hat sein Amt, wie viele unter uns, er kam zu uns als ein Kommissar, der mit der Erlaubnis und der Sprache unseres Vaterlandes vertraut war. Manigfaltig sind die Beziehungen, die sich auf dieser Grundlage entwickeln mußten und vermehrt und verstärkt wurden durch die, welche das göttliche Haus und die Lebensgemeinschaft der Familie des Herrn Vorkaufers knüpfen ließen.

So war der Vorkaufers Hill besonders berufen, die guten Beziehungen zwischen zwei Nationen aufzupflecken, die wie die amerikanische und deutsche nicht nur eine überlieferungsfreundschaft, sondern auch die Gemeinschaft in alle Völkergemeinschaft und die Tätigkeit in einem gemeinsamen Unternehmen, die einander verbunden. Und, daß neben dem Beruf auch das Wollen und die Form nicht gefehlt hat, wissen wir alle und beweist das heutige Fest.

Wir auftragigen Danken sehen wir Herrn Hill von uns fcheiden und werden seinen Werken hier ein dankbares Gedenken bewahren und bitten ihn, auch uns in freundlicher Erinnerung zu behalten. Seine Erziehung der Vorkaufers der Vereinigten Staaten von Nordamerika, Herr Hill, hoch, hoch, hoch!

Die kaiserliche Studienkommission, die sich zurzeit in Posen aufhält, beabsichtigt am Dienstag früh das Ansehensdorf Golenhofen. Nach der Rückkehr wurde die kaiserliche Kommission weiter beauftragt. Mittags fand ein Frühstück im Oberbischöflichen Turm statt und nachmittags eine Wagenfahrt nach der Ansehensdorf Golenhofen. Die Abreise nach Kiel erfolgte abends 6 Uhr 42 Minuten.

Der deutsch-japanische Handelsvertrag. Man schreibt uns: Der am Sonnabend zwischen dem Staatssekretär des Auswärtigen Amtes und dem japanischen Vorkaufers abgehandelte neue Handels- und Schiffsfahrtsvertrag zwischen Deutschland und Japan wird am nächsten Mittwoch den

Bundesrat in seiner letzten Plenarsitzung vor den Sommerferien beschließen. Der Bundesrat ist durch das Geleit von Mai d. Js. ermächtigt worden, für den Fall des Zustandekommens eines Handelsvertrages mit Japan diesen vorläufig in Kraft zu setzen. Nachdem nun der Vertrag in Japan zum Abschluß gelangt ist, darf man annehmen, daß der Bundesrat am Mittwoch seine Intraffektung beschließen wird. Da der gegenwärtige Vertrag schon mit dem 16. Juli sein Ende erreicht, dürfte die Veröffentlichung des Vertrages der Bundesratssitzung wohl unmittelbar folgen. Der Wirtschaftliche Ausschuss hat sich in seiner letzten Sitzung, die in der zweiten Kammer stattfand, gutachtlich zu dem Vertrage geäußert. Dem Reichstag wird der Vertrag in der kommenden Herbsttagung zur Genehmigung vorgelegt. Falls diese Genehmigung etwa nicht erteilt werden sollte, muß der Vertrag spätestens zum 31. Dezember 1912 außer Wirksamkeit geteilt werden.

* **Arbeitsnachweise auf dem Lande.** Wie mitgeteilt wird, soll der Entwicklung der Arbeitsnachweise in Mittel- und Norddeutschland besondere Priorität gewidmet werden. Die preussischen Oberpräsidenten und die Einzelstaaten interessieren sich besonders für die Einrichtung und Gründung von Verbänden für das ländliche Land. Der Verband der sächsischen Arbeitsnachweise für die Provinz Sachsen und Anhalt, der Verband der niederländischen Arbeitsnachweise für die Provinz Hannover, Schaumburg-Lippe, Oldenburg und Braunschweig sind bereits in die Leben gerufen worden. In Gründung begriffen sind Verbände für die Rheinprovinz, für Thüringen und die Provinz Schlesien, während mit den östlichen Provinzen (Ostpreußen, Westpreußen und Posen) bereits Verhandlungen angeknüpft sind. Die wesentlichste Aufgabe dieser Verbände wird die Begründung einzelner Arbeitsnachweise wie die Organisation eines internationalen Ausweises von Angebot und Nachfrage auf dem Arbeitsmarkt sein. Schon jetzt war der Verband Deutscher Arbeitsnachweise behauptet, alle Städte über 10 000 Einwohner zur Gründung von öffentlichen Vermittlungsstellen zu veranlassen, eine Aufgabe, die bei dem Erfolg hätte, eine größere Zahl von Städten, wie Weimar, Eisenach, Altenburg, Oldenburg, Cuxhaven, Altenstein, Ansbach und andere öffentliche Arbeitsnachweise begründeten oder deren Schaffung in sichere Aussicht stellten.

* **Ausführungsbestimmungen zum Feuersteuergesetz.** Wie uns mitgeteilt wird, ist beauftragt, zum Feuersteuergesetz Ausführungsbestimmungen zu erlassen, die namentlich über einzelne Punkte, über die im Entwurf Zweifel geäußert werden können, Klarheit schaffen sollen. Am 8. d. Mts. ist bestimmt, daß der Nachweis, daß der Steuerpflichtige die Feuersteuerverpflichtung angeordnet hat, durch eine schriftliche Verfügung und durch eine mündliche Erklärung des Verstorbenen, die von einer zur Führung eines öffentlichen Siegelis berechtigten Person als in ihrer Gegenwart abgegeben befindet ist, sowie durch das von einer öffentlichen Behörde beglaubigte Zeugnis zweier gleichmütiger Personen erbracht werden kann. In den Ausführungsbestimmungen wird genau festgesetzt werden, welche Personen oder Behörden bei diesem Paragraphen in Frage kommen sollen. Ferner ist zu beachten, daß ein Publikationsverfahren, wie es in § 7 der Reichssteuerordnung vorgesehen ist, für die Feuersteuerverpflichtung gesetzlich nicht vorgeschrieben ist. Die antragsgewöhnlichen Korporationen vor Stellung ihrer Anträge Bewilligung fassen müssen, die in der Regel in der Öffentlichkeit besprochen werden. In der Ausführungsbestimmung ist aber in Aussicht genommen worden, eine Weisung dahin zu geben, daß eine Benachrichtigung der etwa von einer projektierten Anlage Betroffenen in geeigneter Form stattfinden, um diesen Gelegenheit zur Anbringung etwaiger Einwendungen gegen die Anlage zu geben.

Dreussischer Landtag.

Oberhaus.
17. Sitzung vom 27. Juni, 11 Uhr.
Am Ministertisch: Dr. Lense.

Das Ausführungsgezet zum Reichswaldsteuergesetz.
Herr v. Salm-Dorsman: Die Befreiung des Grundbesitzes wird nach und nach vielfach unrentabel. Auch die Kommunen schneiden ihre Riemchen aus der Saute des Grundbesitzes, während das Kapitalvermögen beinahe steuerfrei ausgeht. Es ist die Zeit gekommen, wo man ganz entschieden sagen muß: Bis hierher und nicht weiter. Deshalb bitte ich, bei der in Aussicht genommenen Revision des Kommunalabgabengesetzes, wenn irgend möglich, die Grundsteuer zu befreieren. Sie ist schon im Verhältnis, erst hat den Besitz zu einem fingierten Werte, der wahrscheinlich nicht realisiert werden kann. Es liefert den Grundbesitzer der Willfür des Gemeindevorstandes aus. Diese Steuer ist geradezu gefährlich, denn sie stellt unsere Begriffe vom Besitz geradezu auf den Kopf. Es ist viel schlimmer als die Erbschaftsteuer, da wird doch eine angemessene Entschädigung gewährt, aber bei der Wertsteuer wird nach und nach der Besitz in Form der Steuer weggenommen. Ein derartiges Vorgehen kann man nicht mit einem parlamentarischen Ausdruck bezeichnen.

Finanzminister Dr. Lense: Die Grundsteuer nach dem gemeinsamen Wert hat bisher in den Kommunen großen Anklang gefunden, nicht deshalb, weil sie besonders ergebnis ist, sondern, weil man glaubt, daß sie ausgleichend wirkt. Eine Steuer nach dem Ertrag würde die kleinen Häuser viel mehr treffen als die großen.

Herr v. Salm-Dorsman: In Königsberg hat die Stadt neben der Grundsteuer und der Zwoofachsteuer noch eine Rotsteuer eingeführt, um das eingubringen, was sie an den

